



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 06.04.2017, 17:10 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

**ÖFFENTLICH**

TOP 1                      TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung  
Ludwigsburg

---

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg vom 06.04.2017.

TOP 2                      TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung  
Ludwigsburg

---

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg vom 06.04.2017.

**Beschluss:****Baubeschluss**

Die Spiegelstraße/Wittumhof (Teilbereich) und die Schwarzwaldstraße (östlicher Bereich) werden entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 270.000 Euro werden genehmigt.

**Vergabeabschluss**

Die Firma Schneider Bau GmbH & Co. KG, Hans-Riesser-Straße 18, 74076 Heilbronn, erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 06.03.2017 (Los 1 und Los 2), den Auftrag zur Durchführung der Arbeiten für die Sanierung der Spiegelstraße/Wittumhof (Teilbereich) und der Schwarzwaldstraße (östlicher Bereich).

Die Vergabesumme Los 1 und Los 2 beträgt 270.000 Euro inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000 Euro überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat T. Lutz  
Stadtrat Remmele  
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Braumann** erinnert an die bereits geäußerten Überlegungen des Gremiums zur Anbringung eines lärmoptimierten Asphalts an dieser Stelle. Der lärmoptimierte Asphalt könnte insgesamt kostengünstiger werden, wenn er nicht nur an bestimmten Straßen, sondern überall in der Stadt angebracht würde.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** nimmt Bezug auf die Anlage 2 der Vorl.Nr. 113/17 und geht auf die beiden Parkplätze im Kurvenbereich ein. Sie fragt, ob diese dringend benötigt werden und ob sie unter Umständen ein Hindernis für die Fußgänger darstellen könnten.

Stadtrat **Juraneck** möchte wissen, ob die Grundstückssituation in der Spiegelstraße geklärt wurde.

---

Auch Stadträtin **Burkhardt** bezieht sich auf die Parkplätze im Kurvenbereich. Sie würde es für sinnvoller erachten, an dieser Stelle etwas Grünes anzusetzen anstelle von Parkplätzen.

Frau **Schmidtgen** erklärt, dass die Verwaltung im Vorfeld der Sanierung überlegt habe, was mit der Fläche, auf der die Parkplätze eingezeichnet sind, passieren sollte. Bisher fahren Eltern, die ihre Kinder in den nahen Kindergarten bringen möchten, von der Hauptstraße in die Spiegelstraße ein. Um das zu verhindern, haben die Planer die Parkplätze in der erwähnten Stelle gesetzt. Künftig können Familien, die in Richtung Kindergarten wollen, ihr Fahrzeug auf dem Parkplatz stellen und zu Fuß weiter gehen. Somit könnte die Fläche sinnvoll und bedarfsgerecht genutzt und die Verkehrsbelastung in der Spiegelstraße reduziert werden. Zum lärmoptierten Asphalt (LOA) erklärt Frau Schmidtgen, dass es nicht sinnvoll sei, diesen in den Seitenstraßen anzubringen.

LOA sei verhältnismäßig teuer und der Nutzen nicht immer nachweisbar, da die Fahrzeuge in den Seitenstraßen generell langsamer und deshalb auch leiser fahren. Nach einigen Jahren könne zudem der Lärmreduktionseffekt wegen des Abriebs auf der Oberfläche verloren gehen. Auch bei verschiedenen Sanierungsmaßnahmen (z.B. Gehwegabsenkung) werde in kleineren Seitenstraßen nach dem Eingriff regulärer Asphalt verwendet, um die Stellen zu verschließen. Denn LOA bekomme man in solchen kleinen Mengen nicht.

Auf die Frage von Stadtrat **Braumann**, wo denn konkret LOA angebracht werde, antwortet Frau **Schmidtgen**, dies sei auf größeren Straßen, wie z. B. auf der Schwieberdinger Straße, der Fall.

Auf die Frage von Stadtrat **Juranek** zu den Grundstücksverhältnissen in der Spiegelstraße kann Frau **Schmidtgen** keine Antwort geben. Die Verwaltung nimmt diese Frage zur weiteren Recherche mit.

Nach der Aussprache stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 113/17 zur Abstimmung.

**Beschluss:****Baubeschluss**

Die Fahrbahndeckschichten in der Schwieberdinger Straße werden im Abschnitt zwischen Rheinlandstraße und Gänsfußallee entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen saniert.

Die Gesamtkosten in Höhe von 460.000,00 Euro werden genehmigt.

**Vergabebeschluss**

Die Firma Wilhelm Hubele aus Ludwigsburg erhält den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten in der Schwieberdinger Straße. Grundlage des Auftrags ist das Angebot der Firma Hubele vom 07. März 2017.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	436.455,24 Euro
+ Unvorhergesehenes ca. 5,4	<u>23.544,76 Euro</u>
Vergabesumme	<u>460.000,00 Euro</u> (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000 Euro überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Noz** hält eine Bauzeit von 5 bis 6 Monaten an dieser Hauptverkehrsachse für zu lang. Deshalb schlägt er vor, die Sanierungsmaßnahmen in der Schwieberdinger Straße in mehreren Arbeitsschichten und auch nachts durchzuführen. Gerade nachts sei wenig Verkehr unterwegs. Und da es kaum Wohnhäuser entlang der Schwieberdinger Straße gebe, würde auch nicht die Nachtruhe der Bewohner gestört werden. Stadtrat Noz plädiert dafür, wenn Sanierungsarbeiten an Hauptverkehrsachsen notwendig werden, diese generell in Nachtschichten durchzuführen, damit sich die Bauzeit stark verkürze.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt, warum die Verwaltung bei der Sanierung der Schwieberdinger Straße an dem LOA festhalte, wenn doch der Splittmastixasphalt genau so gut sei.

Stadtrat **Rothacker** hält die höheren Kosten, die sich aus einer Nachtbaustelle ergeben würden, für tragbar im Vergleich zu den Kosten, die durch eine reguläre Bauzeit von 5 bis 6 Monaten entstehen würden. Die Freie Wähler-Fraktion plädiere deshalb auch für Nachtschichten.

---

Stadträtin **Burkhardt** wundert sich, dass nun lärmoptimierter Asphalt bei der Sanierung der Schwieberdinger Straße verwendet werden soll. Auf ihre Anfrage hin wurde ihr im vergangenen Jahr durch die Verwaltung mitgeteilt, dass in der Schwieberdinger Straße kein LOA verwendet werden soll. Stadträtin Burkhardt wünscht eine eindeutige Aussage darüber, wie man sich nun diesbezüglich entscheidet. Mit Blick auf die Friedensschule, die sich in diesem Bereich befindet, wäre es ihrer Ansicht nach wichtig, den Verkehrslärm für die Kinder langfristig zu reduzieren.

BM **Ilk** sagt, dass bei großflächigen Fahrbahndeckensanierungen an den Hauptverkehrsstraßen immer lärmoptimierter Asphalt verwendet werde. Es stelle sich jedoch auch die Frage, ob gut erhaltene Fahrbahndecken abgefräst werden sollen, um den alten Asphalt durch den lärmoptimierten zu ersetzen. Schließlich wisse man, dass der Lärmschutzeffekt des LOA nach etwa 6 Jahren vergehe.

Frau **Schmidtgen** erklärt, dass es bei Straßensanierungsmaßnahmen nicht ausreichend sei lediglich die Deckschicht abzutragen, um LOA einzubauen. Es müsse hierfür tiefer gefräst werden, was auch zu Mehrkosten führe. Wenn allerdings, wie in diesem Fall, ein Neuaufbau gemacht werde, in dem der Unterbau komplett neu entstehen soll, dann seien die Mehrkosten gering. Es handle sich in diesem Fall um reine Materialkosten. Aus diesem Grund empfiehlt Frau Schmidtgen, bei Neuaufbauten den lärmoptimierten Asphalt einzubauen. Bezug auf die vorgeschlagenen Nachtschichten nehmend sagt sie, dass diese nicht nur mit Mehrkosten verbunden wären. Darüber hinaus würde eine Ausnahmegenehmigung notwendig werden, um nachts arbeiten zu dürfen. Diese Genehmigung sei laut Frau Schmidtgen nicht leicht zu bekommen. Zudem sei das Arbeiten in der Dunkelheit für die Arbeiter deutlich schwerer. Die Tatsache, dass in der Schwieberdinger Straße neben der Belagsanierung auch mehrere Rohrleitungs-bauarbeiten erledigt werden müssen, erschwere das nächtliche Arbeiten zusätzlich.

So beispielsweise das Schweißen an Gasleitungen. Eine Baustelle dieser Größe von Beginn an nachts zu planen sei, auch wegen der Mehrkosten, nicht sinnvoll. Eine Ausnahme bilden selbstverständlich dringende Havariefälle. Frau Schmidtgen hält es für eine gute Lösung, während der Bauarbeiten den Verkehr von den Seitenstraßen nicht im Bereich der Baustelle zuzulassen. Dadurch könnte die Ampelschaltung für die geradeausfahrenden Fahrzeuge länger auf Grün gestellt werden und der Verkehr ungehindert fließen.

Auch in Anbetracht der Feinstaubbelastung würde Stadtrat **Noz** einen ungehinderten Verkehrsfluss in den Stoßzeiten begrüßen. Er bittet die Verwaltung deshalb, die Möglichkeit eines Zweischichtenbetriebs bei den Bauarbeiten zu prüfen.

Stadtrat **Link** stimmt Stadtrat **Noz** bezüglich des Zweischichtbetriebs zu. Insbesondere in der Sommerzeit sei dieser wegen der längeren Tage gut machbar.

Bezug auf den Zweischichtenbetrieb nehmend teilt BM **Ilk** mit, dass die Ausschreibung der Baumaßnahme bereits erfolgt sei. Um jedoch die Bauzeit insgesamt zu verkürzen, könne man mit der Firma darüber reden, wie weit die Arbeitszeit ausgedehnt werden könnte ohne Probleme mit der Gewerbeaufsicht zu bekommen. Zu dem von Stadträtin Dr. Knoß angesprochenen Splittmastixasphalt sagt er, dass dieser zwar länger halte aber auch lauter sei. Auf ausdrücklichen Wunsch des Gemeinderates bringe die Stadt Ludwigsburg bei allen großflächigen Asphaltarbeiten in Hauptverkehrsstraßen den lärmoptimierten Asphalt an. Obwohl dieser nicht langlebig sei, weise er bessere Lärmwerte in den ersten Jahren auf.

Nach der Aussprache stimmt das Gremium über die Vorl.Nr. 116/17 ab.

**Beschluss:****Baubeschluss:**

Die Jommellstraße in Ludwigsburg-Schlösslesfeld wird nach den Plänen des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen saniert.

Die Gesamtkosten in Höhe von 267.000,00 Euro (brutto) werden genehmigt.

**Vergabeabschluss:**

Die Firma Lutz Krieg GmbH aus Möglingen erhält den Auftrag für die Sanierung der Fahrbahn- und Gehwegflächen.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	243.959,74 Euro
+ Unvorhergesehenes ca. 9,50 %	<u>23.404,26 Euro</u>
Vergabesumme	<u>267.000,00 Euro</u> (brutto)

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten der Maßnahme um mehr als 25.000,00 Euro überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **IIk** verweist auf die Vorl.Nr. 123/17 und stellt diese sofort zur Abstimmung, da es keine Fragen oder Diskussionsbedarf gibt.

**Beschluss:**

Baubeschluss

Die Kärntner Straße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen saniert.

Die Gesamtkosten in Höhe von 350.000 Euro werden genehmigt.

Vergabeabschluss

Die Firma Lutz Krieg GmbH aus Möglingen erhält den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten in der Kärntner Straße. Grundlage des Auftrags ist das Angebot der Firma Lutz Krieg GmbH vom 07. März 2017.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	323.505,41 Euro
+ Unvorhergesehenes ca. 8,2 %	<u>26.494,59 Euro</u>
Vergabesumme	<u>350.000,00 Euro</u> (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000 Euro überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **IIk** verweist auf die Vorl.Nr. 126/17 und stellt diese sofort zur Abstimmung, da es keine Fragen oder Diskussionsbedarf gibt.

**Beschluss:**

Die Firma Immergrün GmbH, Kreuzwegäcker 34, 71711 Steinheim erhält auf der Grundlage des Angebots vom 10.03.2017 den Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Pflegearbeiten im Stadtteil Mitte.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:

Angebotssumme (brutto)	125.174,34 Euro
+ Unvorhergesehenes (ca. 4%)	4.825,66 Euro
<hr/>	
Vergabesumme brutto	<u>130.000,00 Euro</u>

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Dr. Knoß** ist aufgefallen, dass nach der Grünpflege immer einiges an Müll liegen bleibe. Durch die verwendeten Mähmaschinen werde der Müll zerkleinert und in der Regel am Grünstreifen liegen gelassen. Stadträtin Dr. Knoß hält es für sinnvoll, auch die Müllbeseitigung in dem Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Pflegearbeiten aufzunehmen.

Stadtrat **Juraneck** fragt, ob der Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Pflegearbeiten im Stadtteil Mitte ein Nachfolgeauftrag sei oder eine neu vergebene Leistung. Außerdem möchte er noch wissen, was genau zum Leistungsbild dazugehört.

Stadtrat **Link** bemerkt, dass es auch in Ludwigsburg Firmen gibt, die solche Arbeiten durchführen. Keine dieser Firmen sei jedoch in die engere Auswahl gekommen. Stadtrat Link fragt, ob das daran liegen könnte, dass die örtlichen Firmen nicht angefragt wurden oder womöglich sich nicht auf die Ausschreibung gemeldet haben.

Bezug auf die Wortmeldung von Stadträtin **Dr. Knoß** nehmend teilt Frau **Schmidtgen** mit, dass die Firmen eigentlich dazu angehalten werden, den Müll mitzunehmen. Sie bittet darum, der Stadtverwaltung einen Hinweis zu geben, wenn auffallen sollte, dass dies nicht gemacht werde. Die Ausschreibung der landschaftsgärtnerischen Pflegearbeiten im Stadtteil Mitte sei nicht die Folge eingesparter Personalstellen in der Verwaltung. Frau Schmidtgen informiert, dass 10 Firmen die Ausschreibung abgeholt haben. Davon hätten lediglich 2 tatsächlich ein Angebot abgegeben, da der Umfang der ausgeschriebenen Arbeiten ziemlich groß und auch anspruchsvoll sei. Der Pflegebezirk Mitte soll nun an einer auswärtigen Firma vergeben werden. Aber in den restlichen



Pflegebezirken der Stadt, es gebe insgesamt zwölf bei 46.000 m<sup>2</sup> Rasenfläche, seien durchaus Ludwigsburg Firmen mit landschaftsgärtnerische Pflegearbeiten beauftragt. Die Arbeiten seien nach Flächen ausgeschrieben worden. Im Leistungsbild seien Rasenschnitt, Beetpflege und Heckenschnitt inkludiert, jedoch kein Baumschnitt. Dieser sei separat.

Auch Stadträtin **Burkhardt** ist aufgefallen, dass der Müll auf den Grünstreifen von den beauftragten Firmen in der Regel liegen gelassen werde. Als Beispiel nennt sie den Grünstreifen von der Kläranlage bis zum Stadteingang. Auf ihre Anfrage hin, ob das Sammeln des Mülls Teil des Auftrags sei, habe sie eine positive Antwort von der Stadtverwaltung erhalten. Wenn dies so sei, dann fragt sich Stadträtin Burkhardt, warum keine strengeren Kontrollen stattfinden, um diese Praxis zu unterbinden. In diesem Zusammenhang wünscht sie ein härteres Durchgreifen der Stadtverwaltung.

Laut Frau **Schmidtgen** sei von den Tierbesitzern nicht entfernter Hundekot der wichtigste Grund, weshalb sich einige Firmen weigern, die Grünflächen zu reinigen. Dies sei menschlich nachvollziehbar. Trotzdem weise die Stadtverwaltung die Firmen daraufhin und sie sende sogar Beweisfotos an die Firmen, wenn Müll liegen gelassen wurde.

BM **Ilk** bittet darum, dass solche Zustände der Stadtverwaltung gemeldet werden. Anschließend stellt er die Vorl.Nr. 131/17 zur Abstimmung.

- Vergaben
- Holzfenster (Altbau)
  - Holz-Alu-Fenster (Neubau)
  - Stahl-Glas-Fassade (Verbindungsgang)

**Beschluss:**

Der Vergabe der nachfolgenden Gewerke für den Neubau des Kinder- und Familienzentrums Neckarweihingen, Neue Straße 62, wird zugestimmt.

Folgende Vergaben liegen innerhalb der Zuständigkeit des Ausschuss Bauen Technik Umwelt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + ca. 15 %)
1	Holzfenster (Altbau)	Bernd Schwarz Fensterbau Flößerstraße 4 77723 Gengenbach	164.000,00 Euro
2	Holz-Alu-Fenster (Neubau)	Schreinerei Koch GmbH Wilhelmstraße 2 64853 Otzberg	220.000,00 Euro
3	Stahl-Glas- Verbindungsgang	LACKER AG Schellenbergstraße 1 72178 Waldachtal	202.000,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf:

BM **III** verweist auf die Vorl.Nr. 105/17 und stellt diese sofort zur Abstimmung, da es keine Fragen oder Diskussionsbedarf gibt.

TOP 9

Eichendorffschule, Neißestraße 22, 71638  
Ludwigsburg  
- Vergabe Planungsleistungen für Technische

Vorl.Nr. 095/17

**Beschluss:**

**1. Vergabe der Planungsleistungen für Technische Ausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär, MSR**

Die Vergabe der Planungsleistungen für die Technische Ausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär (Leistungsphase 1 bis 9) an das Büro IWP Ingenieurbüro für Systemplanung GmbH, Talstraße 41, 70188 Stuttgart, wird genehmigt.

**2. Modulbauten**

Die Anmietung von zwei Klassenzimmermodulen für die Eichendorff- Grundschule zu einem monatlichen Mietpreis in Höhe von 3.010 Euro brutto (für 24 Monate), beginnend ab 1. August 2017, bei der Firma Losberger wird genehmigt.

**3. Der Vertragslaufzeit auf zunächst auf zwei Jahre, mit einer Option auf ein Jahr Verlängerung und bei Bedarf dem Kauf der Module mit einem Restwert von ca. 81.600 Euro nach 24 Monaten oder ca. 72.000 Euro nach 36 Monaten wird zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **III** verweist auf die Vorl.Nr. 095/17 und stellt diese sofort zur Abstimmung, da es keine Fragen oder Diskussionsbedarf gibt.

## Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen offenen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil für das Gesamtprojekt ZIEL durchzuführen.
2. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 270.000,00 Euro werden freigegeben.

## Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

## Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) sagt, dass der Gemeinderat am 15.12.2016 der Verwaltung den klaren Auftrag erteilt habe, einen Wettbewerb zum Projekt „ZIEL“ auszuloben. Mit der Vorl.Nr. 137/17 schlage die Verwaltung dem Gremium in der heutigen Sitzung vor, einen Realisierungswettbewerb mit einem städtebaulichen und landschaftsplanerischen Teil auszuloben. Es gehe insbesondere um die Vergabe der Wettbewerbsbetreuung bzw. um die Freigabe der Kosten hierfür. Das würde die Verwaltung in die Lage versetzen, die Auslobungsunterlagen entsprechend vorzubereiten und anschließend diese mit dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt abzustimmen. Die Preisgelder in Höhe von insgesamt ca. 170.000 Euro ergeben sich aus dem der städtebaulichen Aufgabe angemessenen Planungshonorar nach der HOAI. Das Preisgeld werde bei der Beauftragung des Preisträgers angerechnet. Die Stadt übernehme als Trägerin der Planungshoheit die Verfahrenskosten des Wettbewerbs. Für Planungsunterlagen, Ausstellung und Verfahrensbetreuung seien Kosten von ca. 100.000 Euro ermittelt worden. Davon müssen ca. 70.000 Euro für eine externe Wettbewerbsbetreuung durch ein qualifiziertes Planungsbüro bereitgestellt werden. Seit Oktober 2016 sei das Gebiet ZIEL beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg zur Aufnahme in ein Städtebauförderprogramm beantragt worden, Sollte es angenommen werden, seien bis zu 60% der Wettbewerbskosten zuwendungsfähig. Die Programmverkündung werde im April 2017 erwartet.

Stadtrat **Noz** begrüßt den Start des Projekts. Er fragt, ob die Stadt damit rechnen könne, weitere Flächen vom Staatsarchiv durch das Land zu bekommen. Sollte dies der Fall sein, würden sich auch andere Planungsgrundlagen ergeben. Die CDU-Fraktion unterstütze das Gesamtprojekt ZIEL.

Stadtrat **Gericke** sagt, dass seine Fraktion einen grünen Arsenalplatz möchte und ebenso eine Neugestaltung des Schillerplatzes. Die Flächen vom Staatsarchiv würden zur Umgestaltung des Arsenalplatzes dringend benötigt. Deshalb stelle sich auch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frage nach der Positionierung des Landes zu diesem Thema. Dass der Schillerplatz als urbaner Platz geplant werden soll, entspreche auch den Vorstellungen der Fraktion. Allerdings wünsche sie sich, dass die Auslobungsunterlagen das Anpflanzen von großen Bäumen an geeigneten Stellen des Schillerplatzes vorschreiben sollten. Stadtrat Gericke baut auf die frühere Zusage der Verwaltung, dass in den Auslobungen zwar die Planung einer Tiefgarage mit aufgenommen werde, ihr Bau jedoch nicht schon feststehe, sondern noch immer davon abgewichen werden könne. Zudem regt Stadtrat Gericke an, in den Auslobungsunterlagen deutlich

TOP 10

Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg  
(ZIEL)  
- Beauftragung der Wettbewerbsbetreuung

Vorl.Nr. 137/17

---

aufzunehmen, dass die Durchgänge zur Seestraße und zu den anderen Bereichen der Innenstadt prominent bearbeitet werden. Dass die Auslobungsunterlagen erneut in dem Gremium diskutiert werden sollen, findet die Zustimmung von Stadtrat Gericke. Ebenso, dass es eine weitere Bürgerbeteiligung im Frühjahr 2018 vorgesehen sei. Er geht davon aus, dass die Klärung der angesprochenen Fördermöglichkeit für den Realisierungswettbewerb vor der endgültigen Auslobung erfolgt sein werde. Die Umgestaltung des Schiller-/Arsenalplatzes könne mit der Umsetzung des künftigen ÖPNV-Systems der Stadt verknüpft werden. Deshalb müsse nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch die Niederflurbahn mitgedacht werden. Stadtrat Gericke geht davon aus, dass bis zur Auslobung des Wettbewerbs eine Entscheidung hierfür vorliegen werde.

Für Stadtrat **Juranek** ist dieser Wettbewerb ein entscheidender Schritt für die Entwicklung der Ludwigsburger Innenstadt. Einen offenen Wettbewerb abzuhalten findet er richtig. Die Integration eines Verkehrsplaners auch unter dem Aspekt der aktuellen ÖPNV-Überlegungen sei seiner Meinung nach für die Planungen dringend notwendig. Stadtrat Juranek fragt, ob es Chancen gibt, das Gebäude des Staatsarchivs in der Mathilden Straße frei zu bekommen. Dem Vorhaben stimmt er im Namen der SPD-Fraktion zu.

Dem Vorhaben kann Stadtrat **Rothacker** im Namen der Freie Wähler-Fraktion nicht zustimmen. Er macht deutlich, dass die Einzelhändler auch dagegen seien. Denn sie befürchten finanzielle Einbußen durch die langen Bauzeiten. Stadtrat Rothacker fragt die Verwaltung, warum die Betroffenen nicht zu dem Vorhaben befragt werden. Die Freie Wähler-Fraktion habe bereits in der Vergangenheit eine Verschönerung des Arsenalplatzes gefordert. Zudem eine breitere Auslegung der Parkplätze. Der Parksuchverkehr könne nach Ansicht der Fraktion dadurch aufgefangen werden, dass man die Parkraumbewirtschaftung ähnlich gestalte wie in der Bärenwiese.

Stadtrat Rothacker betont, dass die meisten Leute gerne oberirdisch parken.

Für Stadträtin **Burkhardt** stellt die Parkierung das Hauptthema der Diskussion. Sie sagt, dass die Gestaltung der Parkplätze auf dem Arsenalplatz bislang wenig diskutiert wurde. Auch finden nicht alle Rahmenbedingungen ihre Zustimmung. Stadträtin Burkhardt gibt zu bedenken, dass es in der Ludwigsburger Innenstadt neben dem Einzelhandel und den Dienstleistungsangeboten auch Bewohnerinnen und Bewohner gibt. Diese sollten durch die neue Situation, die entstehen soll, nicht verdrängt werden, denn sie bilden zum Teil die Basis für den Betrieb des Einzelhandels und der Dienstleistungen. Für den Arsenalplatz und den Schillerplatz hält sie mehr Grün statt der Parkplätze für eine attraktive Lösung. Stadträtin Burkhardt macht deutlich, dass es nicht notwendig ist, alle Details jetzt schon zu besprechen. Denn im Laufe des Projekts könnten sich neue Bedürfnisse ergeben. Sie regt an, den Rad- und Fußgängerverkehr zu trennen, wenn dafür genug Fläche zur Verfügung stehen sollte.

BM **Ilk** erklärt, dass Teile des Wettbewerbsgebiets dem Land gehören. Daher möchte die Stadtverwaltung die Ausschreibung gemeinsam mit dem Staatsarchiv und dem Land Baden-Württemberg vorbereiten. Derzeit werden intensive Abstimmungsgespräche geführt.

Herr **Kurt** hofft auf eine baldige Einigung mit dem Land. Auch mit der Vermögen und Bau Ludwigsburg sei vereinbart worden, dass die Auslobungsunterlagen eng mit den Eigentümern abgestimmt werden. Die Anregung von Stadtrat **Gericke**, große Bäume für den Schillerplatz vorzusehen, nehme die Verwaltung mit. Ebenso die Anregungen der anderen Stadträtinnen und Stadträte. Herr Kurt versichert, dass der ÖPNV mit geplant werde, um künftige Verkehrsbedürfnisse abzudecken. Auch die Trennung des Rad- und Fußverkehrs soll berücksichtigt werden. Bei dem Wettbewerb handle es sich um einen offenen Wettbewerb. Herr Kurt gibt Stadträtin Burkhardt Recht, dass die Planung ein Stück weit nutzungs offen sein sollte.

(ZIEL)  
- Beauftragung der Wettbewerbsbetreuung

---

Stadtrat **Rothacker** fragt erneut, warum die Einzelhändler außer Acht gelassen und nicht befragt wurden. Ursprünglich sei nur von einer Verschönerung des Arsenalplatzes die Rede gewesen. Nun sollen zusätzlich Einzelhandel und Gastronomie hinzukommen. Dieses Vorhaben hält er für untragbar und auch unbezahlbar. Stadtrat Rothacker befürchtet, dass die Einzelhändler dadurch ruiniert werden.

BM **Ilk** entgegnet, dass eine deutliche Mehrheit außerhalb der Freie Wähler-Fraktion der Auffassung sei, dass der Bereich es verdient habe attraktiver zu werden. Er habe auch mit vielen Einzelhändlern gesprochen, die ebenfalls diese Meinung teilen. Sollte der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt der Auffassung sein, dass kein Einzelhandel und keine Gastronomie gewünscht seien, könnten diese immer noch aus den Planungen genommen werden. Im Moment gehe es darum, im Rahmen des Wettbewerbs gute Ideen zu sammeln. Kosten können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden, da sie von dem geplanten Umfang des Vorhabens abhängen.

Stadträtin **Dr. Knoß** merkt an, dass bei der Planung der Aufenthaltsbereiche die Spielmöglichkeiten für Kinder nicht vergessen werden sollten.

Stadtrat **Juraneck** spricht Stadtrat **Rothacker** direkt an und zeigt die Entwicklung des Marktplatzes zu einem autofreien Platz auf. Auch hier war der Einzelhandel zu Beginn gegen die Veränderung und nun sei der Marktplatz zum Mittelpunkt der Stadt geworden. So etwas könnte durchaus auch für den Arsenalplatz und den Schillerplatz möglich sein.

Stadtrat **Noz** ist überzeugt, dass durch diese Maßnahmen die Innenstadt verschönert werde. Denkbar sei für ihn auch die Errichtung eines Parkhauses, da es dazu jetzt noch Fördermittel geben könnte und die Kreissparkasse sich finanziell daran beteiligen möchte.

Stadtrat **Remmele** sieht ein Problem beim Anfahren dieses Parkhauses. Er ist der Meinung, dass die Zubringung anders ausgearbeitet werden müsste und schlägt vor, die Hälfte der Bärenwiese mit einem Blechparkhaus zu gestalten. Parkhäuser müssen laut Stadtrat Remmele nicht immer direkt in der Innenstadt gebaut werden. Darüber hinaus sei der Fußweg von der Bärenwiese in die Innenstadt kurz.

BM **Ilk** entgegnet, dass die Verwaltung den Vorschlag mit dem Parkhaus auf der Bärenwiese bereits zur Prüfung mitgenommen habe, da dies auch Wunsch des Gemeinderates gewesen sei.

Nach der Aussprache stimmt der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt über die Vorl.Nr. 137/17 ab.

## Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wird gleich zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen. BM **Ilk** informiert, dass im Stadtteil Pflugfelden zunächst ein Informationsabend zum Thema Erhaltungssatzung „Historischer Ortskern Pflugfelden“ mit einem kurzen Inforundgang stattfinden werde. Erst im Anschluss daran soll dieser Tagesordnungspunkt im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werden.

## Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Mitteilungsvorlage und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **JuraneK** äußert Bedenken zu den Nutzungsüberlegungen für die vorhandene Fläche. Laut Vorlage soll die Gesamtfläche überdacht oder überbaut werden. Er fragt, ob diesbezüglich auch an Abbrüche von vorhandenen Gebäuden gedacht wurde. Er könne sich nämlich nicht vorstellen, wie die Programmüberlegungen auf die übrigen noch freien Flächen untergebracht werden sollen.

Stadtrat **T. Lutz** äußert sich froh darüber, dass das Vorhaben nun zu einem Abschluss kommen soll. Er erwähnt den Letter of intent (LoI), in dem Prüfaufträge für weitere Einrichtungen enthalten sind, und erklärt in diesem Zusammenhang, dass die CDU-Fraktion die Planung von einem Altersheim oder einer Kindertagesstätte am Standort St. Paulus befürworte. Das Konzept erachte die Fraktion als gut und unterstütze es gerne.

Stadträtin **Steinwand-Hebestreit** hält die Überlegungen der Kirchengemeinde St. Paulus für sinnvoll. Dass die Stadt sich an der Entwicklung dieses Standortes beteiligt, findet ihre Zustimmung. Allerdings sollte die Stadt dann auch Mitspracherecht bei den weiteren Planungen erhalten. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es beispielsweise wichtig, dass der grüne Ring zur Comburgstraße hin erhalten bleibe. Die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens zur Entwicklung einer integrierten Planung findet Stadträtin Steinwand-Hebenstreit gut.

Herr **Kurt** sagt, dass, die Verwaltung und die Kirchengemeinde sich auf ein gemeinsames Verfahren, d.h. einen gemeinsamen Wettbewerb und eine gemeinsame Auslobung, verständigt haben. Durch dieses Verfahren soll einerseits die Qualität der Planungen gesichert und andererseits die Frage geklärt werden, was an Baumasse sinnvoll untergebracht werden könne. Wie viel Fläche wem zugeschlagen werden soll, werde sich erst im Laufe des Verfahrens ergeben. Die Absichtserklärung sei bereit zur Unterschrift. Beide Seiten sollen sich an den Kosten beteiligen und Verantwortung für das Vorhaben übernehmen.

Stadtrat **JuraneK** fragt, ob das gesamte Gelände frei überplanbar sei.

Herr **Kurt** erklärt, dass die einzelnen Flächen unterschiedlich überplanbar seien. Die konkrete Aufteilung der Gesamtfläche sowie die Rahmenbedingungen können der Vorl.Nr. 118/17

---

entnommen werden. Es gebe Flächen, die überbaut werden können, und welche, wo ein Eingriff nicht möglich sei, weil sie für den grünen Ring reserviert werden müssen. Innerhalb dieser Grenze, die laut Herr Kurt noch flexibel sei, könne sich ein Wettbewerbsteilnehmer bewegen. Die Bebaubarkeit der Flächen zeigt Herr Kurt auch anhand einer kurzen Präsentation auf.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt die Mitteilungsvorlage Vorl.Nr. 118/17 zur Kenntnis.